

28.05.2013 – PM 42/2013

20 Jahre Neonazi-Anschlag in Solingen

IG BAU fordert entschlossenes Vorgehen gegen rechte Gewalt

Frankfurt am Main – Anlässlich des 20. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen (für die Red., Mittwoch, 29. Mai 2013) fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ein entschlossenes Vorgehen der Politik gegen rechte Gewalt und ein Verbot der NPD. „In Solingen wurden fünf Menschen von Nazis ermordet und 16 schwer verletzt. Angeblich hatte der Verfassungsschutz damals keine Ahnung von der Gewaltbereitschaft der rechten Szene. Das gleiche verhängnisvolle Muster des Verharmlosens und Wegsehens hat sich erneut in anderen Bundesländern bei der NSU-Mordserie gezeigt“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiese. „Es ist dringend notwendig, dass sich die Politik über die Grenzen der demokratischen Parteien hinweg auf ein massives Vorgehen gegen rechts einigt und den Verfassungsschutz dazu stärker in die Pflicht nimmt.“

Die IG BAU unterstützt zudem ein Verbot der NPD, damit Rechtsextreme nicht auch noch über die Parteienfinanzierung Steuergelder bekommen. „Dass die NPD verfassungsfeindlich ist, liegt auf der Hand. Aus jeder Hetzrede, jedem Flugblatt spricht der Hass auf alles was anders ist. Minderheiten werden bedroht mit volksverhetzenden Parolen. Das sind Straftaten, die aber viel zu selten verfolgt werden. Von dort ist der Schritt zu Gewalt und Mord nur noch gering. Jeder aufrechte Demokrat hat deshalb die Pflicht, sich gegen die Bedrohung von rechts zu wehren. Deutschland trifft aufgrund seiner Geschichte dabei eine besondere Verantwortung. Mit einem Verbot der NPD können wir auch ein sichtbares Signal in anderen EU-Staaten setzen, in denen Rechtsextremisten sich zunehmend aus ihren Unterschlüpfen trauen“, sagte Wiese.

(1660 Zeichen)